

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

:: Fernsprecher M 8538. ::
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 18 —

Cöln, den 10. August 1917.

V. Jahrgang.

Wo soll das hinaus?

Fast täglich ergehen gesetzliche Verordnungen, wodurch für Lebensmittel und sonstige Gegenstände des täglichen Gebrauchs Höchst- und Richtpreise festgesetzt werden. Zugleich erfolgt dann in der Regel eine Beschlagsnahme der betreffenden Waren zu Gunsten der mit der Bewirtschaftung betrauten öffentlichen Behörden oder Gesellschaften. Ein Teil dieser Waren gelangt auch in die öffentliche Hand und wird zu den festgesetzten Preisen an die Verbraucher abgegeben. Wo aber das Gesetz, oder dessen Durchführung irgendeine Lücke läßt, finden sich geschäftstüchtige Leute, um einen Teil der Waren in ihre private Hand zu bringen und sie dann zu Wucherpreisen an kaufkräftige Verbraucher abzugeben. Je niedriger die Höchstpreise, je größer die Nachfrage, um so höher der Preis im Schleichhandel. Unter diesen Umständen kommen dann Preise wie 12 Mk. für das Pfund Speck, oder Butter zustande. Eine weitere Erscheinung ist dann das Verschwinden der Waren vom Markte. So konnten eine Reihe rheinischer Großstädte die Beobachtung machen, daß mit der strikten Durchführung der Höchstpreise für Gemüse, dieses sofort vom Markte verschwunden war.

Den guten Willen, den Schleichhandel unmöglich zu machen, die Einhaltung der Höchstpreise zu erzwingen, kann man den Behörden nicht absprechen. Es sind gewiß von dieser Seite Fehler gemacht worden, was nicht verschwiegen werden soll. Aber diese erklären nicht restlos die Mißerfolge, die so mancher Verordnung in den letzten zwei Jahren beschieden gewesen sind.

Die tiefere Ursache für das Mißlingen mancher gut durchdachten Anordnung liegt in der Unmöglichkeit, das vor dem Kriege freie, vielfachgestaltige Wirtschaftsleben nun innerhalb kurzer Zeit in die behördliche Zwangswirtschaft hineinzupressen. Die gegebenen Zwangsmittel der staatlichen Gewalt reichen nicht aus, um unter allen Umständen die restlose Befolgung der Gesetze und Verordnungen erzwingen zu können. Es fehlte eben an dem guten Willen der Produzenten und Händler, sich in die Verhältnisse zu fügen und mit einem bescheidenen Gewinne zu begnügen. Gerade im Gegenteil. Es hat keine Zeit gegeben, wo der Wille, unter allen Umständen zu verdienen, recht viel zu verdienen, in kurzer Zeit reich zu werden, ausgeprägter in die Erscheinung getreten ist, wie in dieser Zeit. „Treu und Glauben“, diese alten Grundsätze im Handel und Wandel, sind schwer unter die Räder gekommen. Es ist gewiß nicht zu verkennen, daß für die meisten Waren die Produktions- und Handelsunkosten er-

heblich gestiegen sind und daß ein diesen Mehrkosten entsprechender Preisaufschlag nicht unberechtigt ist. Aber die Preissteigerungen in dem Maße, wie wir sie erleben, sind nicht berechtigt.

Aus diesen unerfreulichen Erscheinungen wird nun vielerorts die Schlußfolgerung gezogen, die behördliche Bewirtschaftung habe sich nicht bewährt, unberechtigte Preissteigerungen hätten vermieden werden können, deshalb sollte sobald wie möglich die Handelsfreiheit wieder eingeführt werden. Angebot und Nachfrage in Verbindung mit der freien Konkurrenz würden schon einen angemessenen Preis bestimmen. Scheinbar hat diese Forderung, angesichts so mancher Mißerfolge behördlicher Regelung, etwas für sich. Aber auch nur scheinbar, denn bis heute hat der freie Handel nur den Beweis erbracht, daß er bei andauernd größerer Nachfrage wie Angebot in der Preisfrage überhaupt keine Grenzen mehr kennt. Es sei denn, daß nicht mehr der Bedarf für den Erwerb von Lebensmitteln bestimmend ist, sondern die Kaufkraft des Käufers. Die Folge davon wäre, ein kleiner Kreis von gut Bemittelten würde in Ueberfluß leben können, während die große Masse gezwungen wäre, sich noch mehr, wie es heute schon geschieht, einzuschränken. Dabei hat die behördliche Regelung doch in manchen Dingen, wie in der Brotversorgung, den Beweis erbracht, daß gleichmäßige Versorgung und Einhaltung der Höchstpreise sich nicht grundsätzlich widersetzen, wenn nur die übrigen Vorbedingungen gegeben sind.

Wie dieser Streit immerhin auch auslaufen mag, manche unter dem Druck der Kriegsnotwendigkeiten getroffenen Einrichtung hat sich bewährt und wird für die Friedenszeit beibehalten werden, manche wird sobald wie möglich wieder verschwinden müssen. Gegenwärtig müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß ein Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, auch nur einen Teil der Mehrkosten wieder abzumwälzen. Alle, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, den Preis ihrer Ware „Arbeitskraft“ nicht nach dem Marktwerte bewerten können, leiden heute bittere Not. Für das große Heer der Beamten und Angestellten und zum Teil der staatlichen und städtischen Arbeiter wird der Lohn, oder das Gehalt, nicht nach dem jeweiligen Tagespreise der Arbeitskraft, sondern nach dem Durchschnittswert der Leistung eines ganzen Lebensalters bemessen. Niedrigere, unter dem Tageswert stehende Entlohnung in den ersten Dienstjahren, höhere Entlohnung mit dem steigenden Dienstalter, verbunden mit einer mehr oder weniger genügenden Versorgung für die Tage der Krankheit und der Invalidität, sowie der Hinterbliebenen. Mit einigen Ab-

weichungen wird diese Lohnform auch auf die städtischen Angestellten und Arbeiter in Anwendung gebracht.

Für alle diese Gruppen hat sich die gegenwärtige Teuerung zu einer Katastrophe ausgewachsen. Der Volkswirtschaftler Richard Calber berechnet die Kosten der Lebensmittel für eine vierköpfige Familie pro Woche im Juli 1914 auf 25,12 Mk., für April 1917 dagegen auf 54,81 Mk. Demnach mit einer Verteuerung von 118 Prozent. Rechnet man nun hinzu eine Preissteigerung von 200 bis 500 Prozent für Schuhe, Kleidungsstücke und sonstige Bedarfsgegenstände, so ist es nicht übertrieben, wenn mit einer Verteuerung der Lebenshaltung der minder entlohnerten Angestellten und Arbeiter um 150 bis 180 Prozent gerechnet wird.

Ein Teil der Mehrkosten ist durch die notwendigen Einschränkungen in der Ernährung und Kleidung erspart, ein geringer Teil durch Kriegs- und Familienzulagen ausgeglichen. Zum weiteren Ausgleich wurden früher mühsam zusammen gebrachte Ersparnisse, oder etwaige kleine Kapitalbeträge, die für besondere Zwecke, wie die Erziehung der Kinder u. s. w., bereit gestellt waren, herangezogen. Somit bedeutet die jetzige Einschränkung nicht nur eine Einschränkung über das höchst zulässige Maß hinaus für die Kriegsjahre, sondern für Manche ein Hinabgleiten auf eine tiefere soziale Stufe für sich selbst und ihre Nachkommen. Darin liegt die tiefe soziale Bedeutung der jetzigen Teuerung für den vorwärts und aufwärts strebenden Teil der Angestellten und Arbeiter.

Einen vollen Ausgleich hätte nur eine Lohnerhöhung von über 100 Prozent gebracht. Günstigenfalls ist unseren Kollegen aber nur eine solche von 30 bis 40 Prozent gewährt worden, wodurch keineswegs die oben angeführten traurigen Erscheinungen auch nur in etwa verhindert werden konnten. Dabei ist die weitere Entwicklung noch garnicht abzuziehen. Wo soll das hinaus? Kann es angesichts der Notlage, in der sich die Mehrzahl unserer Kollegen befinden, so weiter gehen? An Opferfreudigkeit, soweit sie durch die Kriegsumstände bedingt sind, lassen sich unsere Mitglieder von keinem anderen Berufsstande übertreffen. Aber der Wille dazu allein genügt nicht, es muß auch die Möglichkeit zum Durch- und Aushalten für sie geschaffen werden. Auf dem letzten deutschen Arbeiterkongreß 1913 sagte ein Redner: „Arm sein unter Armen ist nicht schwer, aber Entbehrungen auf sich nehmen, wo eine große Anzahl der Volksgenossen keinerlei Beschränkungen sich auferlegen braucht, ist doppelt schwer.“ Diese Worte haben heute doppelte Bedeutung, da es sich nicht mehr um Entbehrungen handelt, die bei gutem Willen, ohne Schaden für Leib und Seele getragen werden können, sondern um Entbehrungen, die den größten Schaden für Gesundheit und Leben unserer Kollegen und deren Familien im Gefolge haben können. Soweit diese Einschränkungen durch die Kriegsnotwendigkeiten bedingt sind, und nicht behoben werden können, müssen sie ertragen werden, aber nicht — und dagegen wenden wir uns mit voller Schärfe — soweit sie infolge fehlerhafter Maßnahmen oder durch den Mangel an finanziellen Mitteln uns unnötigerweise auferlegt werden. Hierfür sollte man auch an den maßgebenden Stellen Verständnis bekunden.

Wir sind uns aber wohl bewußt, daß der Weg vom Verständnis zu praktischen Maßnahmen in der Regel ein sehr langer ist. Man mag die Tatsachen noch so sehr bedauern, geändert wird in der Regel nichts, wenn nicht die Betroffenen selbst Verständnis für die gegebenen Situationen bekunden. Würden all, die heute ihrer Unzufriedenheit in starken Worten Luft machen, selbst praktisch in ihrer Berufsorganisation mitarbeiten, würde den berechtigten

Wünschen in viel stärkerem Maße Rechnung getragen werden. Mit weniger Sorge ließe sich dann die Frage aufwerfen? „Wo soll das hinaus?“

Drei Jahre Weltkrieg.

Nun befinden wir uns schon im vierten Kriegsjahre und noch immer ist ein Ende des entsetzlichen Ringens nicht abzusehen. Alle Friedensbemühungen des deutschen Volkes, die zuletzt noch in der „Friedensresolution“ des Reichstages so markanten Ausdruck fanden, sind bisher an der Starrköpfigkeit der feindlichen Regierungen gescheitert. Auf einer Konferenz, die letztere kürzlich in Paris abhielten, wurde sogar die Fortführung des Krieges während des kommenden Winters beschlossen. Sie wollen unter allen Umständen ihre weitgesteckten Kriegsziele: die Zerstückelung und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands und seiner Verbündeten, erreichen und durchsetzen. Doch haben wir die Hoffnung, daß ihnen das auch im vierten Kriegsjahr nicht gelingen wird.

Großes und Gewaltiges ist vom deutschen Volke in diesen drei Jahren geleistet worden. Die Erfolge unserer Waffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft stehen beispiellos da. Nach wie vor stehen unsere Heere in Feindesland, ist unsere engere Heimat vom Kriegsbrand verschont geblieben. Das danken wir in erster Linie unseren tapferen Truppen, die das unter schier übermenschlichen Anstrengungen und Entbehrungen zuwege gebracht haben. Doch ergreift uns auch tiefe Ehrfurcht und Wehmut, wenn wir der Vielen gedenken, die im Kampf fürs Vaterland ihr Leben lassen mußten, ihre gesunden Glieder einbüßten oder in Gefangenschaft schmachten. Tiefes Mitgefühl haben wir auch mit den Witwen und Waisen, denen der Krieg den Gatten und Vater raubte. Die Herstellung und Befriedigung des ungeheuren Kriegsbedarfs an Waffen, Munition u. s. w. hat an Unternehmer und Arbeiterschaft so große Anforderungen gestellt, daß es fraglich erscheinen konnte, ob es möglich sei, ihnen gerecht zu werden. Doch auch diese Aufgabe ist glänzend gelöst worden, was um so mehr ins Gewicht fällt, als wir darin auf uns selbst gestellt sind, während für unsere Gegner fast die ganze Welt arbeitet und tätig ist. Nicht minder sind die Ergebnisse der bisherigen 6 Kriegsanleihen mit rund 60 Milliarden Mark als ein Ausfluß der wirtschaftlichen Kraft des deutschen Volkes bezeichnet und bewundert worden.

Zu den schwierigsten Aufgaben, die es zu lösen gab, gehörte aber zweifellos die Regelung der Lebensmittelversorgung. Zu Friedenszeiten mußte Deutschland jährlich für rund 8 Milliarden Mark Lebensmittel einsch. Futtermittel, aus dem Ausland beziehen. Da während des Krieges nur ein Bruchteil dieser Mengen zu erhalten ist, mußte sich die Versorgung um so schwieriger gestalten. Zwar haben die Behörden versucht, eine möglichst gerechte Verteilung der Lebensmittel herbeizuführen, aber gelungen ist das keineswegs. Die Dinge sind von Jahr zu Jahr schlimmer geworden und gerade die unteren Schichten werden am härtesten von diesen Zuständen betroffen. Wer 10 Mk. für 1 Pfd. Speck oder Butter etc. auswenden kann, kann solche Ware noch genügend haben. Solche Preise sind aber für Arbeiter unerschwinglich. Dabei ist es fraglich, ob es sich um Auslandsware handelt. An Stelle gegenseitiger Hilfe und gemeinsamen Ertragens der Kriegslasten hat sich ein immer stärker werdender Egoismus bemerkbar gemacht, der nur das eigene Wohl kennt und über die Interessen der Allgemeinheit rücksichtslos hinwegschreitet.

Den Arbeiterorganisationen erwachsen infolge des Krieges gleichfalls große Aufgaben. Galt es doch, die Interessen

der Arbeiterschaft sowohl hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wahren, wie durch ihren Einfluß geltend zu machen bei allen Fragen wirtschaftlich sozialer Natur. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat sich unser Verband in ganz besonderem Maße angelegen sein lassen. Zeugnis dafür sind die Steuerzuschläge, Familienzuschläge, Lohnerhöhungen usw., die fast allenthalben bewilligt wurden. Wertvolle Anregungen sind von den Arbeiterorganisationen bezüglich der Lebensmittelversorgung, der Kriegsbeschädigtenfürsorge, der Fürsorge für die Kriegsfamilien und Hinterbliebenen, der Gestaltung des Hilfsdienstgesetzes usw. gegeben worden, wie sie auch in all den hierfür bestehenden Körperschaften tatkräftige Mitarbeit leisten.

Auch auf dem politischen Gebiete zeigt man den Arbeitern in neuerer Zeit größeres Entgegenkommen und will ihre langjährigen berechtigten Wünsche zu erfüllen, wie die Osterbotschaft des Kaisers und die Gewährung des Reichstagswahlrechtes für den preußischen Landtag zeigen.

Raum je hat sich die Notwendigkeit starker Gewerkschaftsorganisationen besser bewiesen wie in der Kriegszeit. Die Arbeiterschaft scheint das in steigender Weise selbst einzusehen. So melden zahlreiche Verbände über starke Mitgliederzunahme in den letzten Monaten und Wochen. Was aber für die Industriearbeiter gilt, gilt auch für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner. Auch für ist die gewerkschaftliche Organisation unerlässlich zur Wahrung ihrer Standesinteressen. Darum sollten auch unsere Kollegen alles daran setzen, die Organisation zu stärken, durch Gewinnung neuer Mitglieder. Damit würden sie sich selbst den besten Dienst erweisen.

Am der Schwelle des vierten Kriegsjahres spielen sich auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen wieder große Ereignisse ab. In Rußland schreiten unsere Heere erneut von Sieg zu Sieg, und drängen den Feind aus dem so lange von ihm besetzten österreichischen Gebiet heraus. Im Westen halten sie den schwersten Anstürmen der Engländer und Franzosen stand. Angesichts der ungeheueren Opfer an Gut und Blut, die dieser Krieg nun schon drei Jahre gekostet hat, kann man nur den innigen Wunsch haben, daß die Zahl der Friedensfreunde in den feindlichen Ländern und ihr Einfluß daselbst bald so wachsen möge, daß auch diese Länder sich zu einem baldigen Verständigungsfrieden bereitfinden möchten. R. D.

Aus unseren Berufen.

Eine Eingabe um Erhöhung der Löhne, der Steuerzuschläge und Familienzuschläge richtete der Verband an die Stadtverwaltungen in Mannheim, München, Bochum, Düsseldorf und Cleve.

Ein Antrag an die Stadtverwaltung Bonn verlangte die Einreihung der städtischen Arbeiter in die Klasse A der Lebensmittelversorgung und Durchzahlung der Kriegszuschläge in Krankheitsfällen. Während der erste Antrag abgelehnt wurde, steht über den zweiten der Bescheid noch aus.

Rundschau.

Auszeichnung. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurden die Kollegen Josef Maassen, Mitglied der Ortsgruppe Wachen, Karl Lempert, Mitglied der Ortsgruppe Baden-Baden, Hubert Dahl, Mitglied der Ortsgruppe Köln (St.), Josef Frewer, Mitglied der Ortsgruppe Hannover, und Josef Friedmann, Mitglied der Ortsgruppe Mannheim (Str.) Der Kollege Johann Wiehl von der männlichen Ortsgruppe erhielt die Württembergische Silberne Verdienst-Medaille.

Unseren herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Eine Erhöhung der Unterstützungen für die Angehörigen der sich im Seeresdienst befindlichen städtischen Arbeiter und Angestellten in Köln verlangte eine Eingabe unseres und des Gemeindearbeiterverbandes. Gewünscht wurde in dieser Eingabe eine Erhöhung der Unterstützung für die Ehefrau von 25 auf 30 und für jedes Kind von 6 auf 10 Prozent des Lohnes. Außerdem soll die Höchstgrenze bis zu welcher die gesamten Unterstützungen betragen dürften von drei Viertel des Lohnes auf den vollen Lohnbetrag heraufgesetzt werden. Nachdem sich die zuständigen Kommissionen mit dieser Angelegenheit befaßt hatten sollte in der Stadtvocordnetersitzung am 19. Juni hierüber Beschluß gefaßt werden. Die Sache wurde aber vertagt. Wie der Herr Oberbürgermeister aber mitteilte, soll durch die Vertagung keine Schädigung der Betroffenen herbeigeführt werden, da die in Aussicht genommenen erhöhten Sätze ab 1. Juli nachgezahlt werden sollen.

Gleichzeitiger Bezug von Hinterbliebenenrente und Kriegsunterstützung. Bisher wurde den Witwen der Gefallenen die Kriegsunterstützung nur auf die Dauer von drei Monaten neben der Hinterbliebenenrente gewährt. Die Reichsfinanzverwaltung hat nunmehr gestattet, daß den Witwen, die Rente beziehen, sofern sie bedürftig sind und noch einen Sohn im Felde haben, der zum Unterhalt der Familie beigetragen hat, für diesen Sohn die Kriegsunterstützung gewährt werden darf.

Zusatzrente für Kriegsbeschädigte. Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat nach Beratungen mit Vertretern der verschiedenen Berufsstände und Reichstagsparteien Vorschläge über die Gewährung einer Zusatzrente ausgearbeitet und in den letzten Tagen den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden und dem Reichstag übersandt.

Burzeit bemißt sich die gemäß dem Mannschaftsversorgungs-gesetz zu gewährende Militärrente ausschließlich nach dem militärischen Dienstgrad und dem Umfang der durch die Dienstbeschädigung verursachten Erwerbsbeschränkung; das frühere Arbeitseinkommen und der Familienstand (Größe der Familie) des Kriegsbeschädigten können bei der Rentenbemessung nicht berücksichtigt werden. Nach den Vorschlägen des Reichsausschusses, denen eine ausführliche Begründung beigegeben ist, soll künftig den Kriegsbeschädigten, die infolge einer Dienstbeschädigung in ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als 25 Prozent beschränkt sind, eine Zusatzrente zur Militärrente gewährt werden, um sie in der sozialen Schicht, der sie vor dem Kriege angehörten, zu erhalten. Diese Zusatzrente soll so bemessen werden, daß der Kriegsbeschädigte unter Hinzurechnung seiner militärischen Rentenbezüge und des Arbeitseinkommens, das er mit der ihm verbliebenen, im militärischen Rentenbescheid festgestellten Arbeitsfähigkeit verdienen kann, sowie seines sonstigen, 100 Mark übersteigenden Einkommens ungefähr den Betrag seines früheren Arbeitseinkommens erhält. Zu diesem Zweck sollen die Kriegsbeschädigten nach ihrem früheren Arbeitseinkommen in Steuerstufen eingereiht und für die verschiedenen Stufen Durchschnittssätze bestimmt werden, nach denen sich das vom Kriegsbeschädigten zu erreichende Gesamteinkommen bemißt. Ähnliche Zusatzrenten sollen auch für die Kriegshinterbliebenen gewährt werden.

Aus den Ortsgruppen.

Köln. Unsere letzte gemeinsame Vorstandssitzung der drei Ortsgruppen beschäftigte sich unter anderem auch mit der Anrechnung der Unfall- und Kriegsrenten auf den Lohn. Bisher wurde die Angelegenheit, gemäß den gefaßten Beschlüssen der

Stadtrordnctenversammlung so behandelt, daß Verletzten mit 20 und weniger Prozent Rente, diese nicht angerechnet erhielten, dagegen wurde eine höhere Rente voll aufgerechnet. Es wurde der Wunsch laut, die Verbandsleitung möge dahin wirken, daß in Zukunft auch bei höheren Renten diese nur insoweit zur Anrechnung kommen, als sie 20 Prozent übersteigen. Damit würde eine Gleichstellung aller Unfall- und Kriegsverletzten hinsichtlich der Anrechnung der Renten herbeigeführt. Diesem Wunsch soll entsprochen werden. Hoffentlich bekümmern sich die Verletzten Kollegen aber in Zukunft etwas mehr um ihre eigenen Angelegenheiten, wie es bis jetzt der Fall war. Auch für sie ist die Mitarbeit im Verbands eine Voraussetzung für den Erfolg.

Nachen. „Es hat doch keinen Zweck.“ — „Sie machen doch nicht mit.“ — „Jetzt, während der Kriegszeit ist nichts zu machen.“ So ähnlich und oft noch viel dummer lauten die faulen Ausreden, die man zu hören bekommt, wenn man die Kollegen ermahnt, doch etwas eifriger in der Agitation zu sein. Daß es doch Zweck hat, daß sie doch mitmachen, wenn man nur mal richtig anpackt, das haben einige eifrige Kollegen unserer hiesigen Ortsgruppe bewiesen. Trotzdem, oder gerade weil man in Nachen den berechtigten Wünschen der städtischen Arbeiter nur sehr langsam, sozusagen tropfenweise nachkommt, haben sich einige tüchtige Kollegen aufgerafft und versucht, den übrigen Kollegen in den Vertrieben die Schlafmütze mal von den Ohren zu ziehen und ihnen Verständnis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Mitarbeit und die Zwecklosigkeit allen Schimpfens und Schwadronierens beizubringen. Und wie so oft schon, so hat es sich auch hier wieder mal bewiesen, daß dem deutschen Michel die Zipfelmütze nur so lange fest um die Ohren sitzt, bis sich jemand findet, der sie zu lüften versteht. Ist er aber mal aus dem Schlafe aufgerüttelt, dann stellt er auch ganz seinen Mann. So sehen wir denn auch hier in unserer Ortsgruppe, daß sich durch die eifrige Arbeit einiger tüchtiger Kollegen die Zahl der Mitglieder der Ortsgruppe in kurzer Zeit mehr wie verdoppelt hat. Und wir hoffen, daß auch die neugewonnenen Kollegen ganz ihren Mann stellen und nicht nur der von ihnen endlich als unbedingt notwendig erkannten Sache selbst treu bleiben, sondern auch mit den wenigen bisherigen Vertrauensleuten weiterfeiern in der Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens und der Gewinnung von neuen Mitgliedern. Sie werden sich damit nicht nur den Dank und die Anerkennung aller ehrlichen Kollegen sichern, sondern auch in nicht allzuferner Zeit den Lohn erhalten für ihre Arbeit in Gestalt wirtschaftlicher und sozialer Besserstellung ihrer Lebenshaltung. Aber nicht nur die Nachener Kollegen sollen an dem Beispiele der hiesigen eifrigen Kollegen lernen, daß doch noch etwas zu machen ist, wenn nur der gute, ehrliche Wille dazu da ist, nein, auch die übrigen Ortsgruppen unseres Verbandes sollen mit den Nachener Kollegen weiterfeiern, und jeder Kollege sollte seinen ganzen Stolz darein setzen, einer Ortsgruppe als Mitglied anzugehören, die in Bezug auf eifrige Gewerkschaftsarbeit an der Spitze des ganzen Verbandes marschiert.

Landshut. In der am Samstag, den 21. Juni stattgefundenen, sehr gut besuchten Versammlung erstattete unser Bezirksleiter Weizler einen ausführlichen Bericht über den Verlauf unserer Bewegung betr. Erhöhung der Löhne, Teuerungszulagen und Kinderzulagen. Redner betonte, unsere am 7. April gemachte Eingabe habe den Willigkeitsgründen entsprochen. Die am 16. April erfolgte ablehnende Antwort des Magistrats habe daher eine scharfe Erwiderung herausgefordert, die auch von der Tagespresse unterstützt worden sei. Darauf seien zwischen dem Redner und Herrn Rechtsrat Ambros und dem stellvertr. Herrn Direktor des Stadtbauamts persönliche Verhandlungen möglich gewesen, bei denen seitens dieser Herren bereits Zugeständnisse gemacht worden seien. Der Stadtbaurat legte daraufhin dem Magistrat eine Vorlage vor, die sich mit den von uns unterbreiteten Forderungen vollständig deckte. Einem einstimmigen Beschluß der städtischen Kollegien gemäß wurden die Löhne wie folgt erhöht: Handwerker pro Stunde von 40 auf 50 S. Vorkarbeiter von 34 auf 40, Kehrlichtfahrer von 30 auf 35, Hilfsarbeiter von 28 auf 33, Arbeiterinnen von 26 auf 28 S. Die Teuerungszulagen werden von wöchentlich 1 M auf 2,60 erhöht. Die Kinderzulagen waren bereits, als einziges Zugeständnis der ersten Eingabe, von 30 auf 70 S pro Woche erhöht. Die wöchentliche Löhnerhöhung beträgt für Arbeiter 3—6 M. Die Erhöhung der Teuerungszulagen pro Woche 2,60 M. Diesen Erfolg haben die Kollegen unstreitbar dem energischen Eingreifen der Organisation zu verdanken. Nun ist es an den Kollegen, dieselbe auszubauen und dafür zu sorgen, daß der letzte Kollege und die letzte Kollegin sich unserem Verbands anschließt. Nach dem Kriege sei die Schaffung einer neuen Arbeitsordnung notwendig, die alle Bestimmungen über soziale Rechte und Pflichten enthalte. Nach dem mit großem Beifall aufgenommenem Vor-

frage kam der Wunsch zum Ausdruck, an das Stadtbauamt mit der Bitte heranzutreten, es möchte sich um die Kohlenversorgung seiner Arbeiter annehmen. Scharf kritisierte Kollege Weizler die Handlung der Gaswerksdirektion, die ebenfalls die Teuerungszulagen von 1 M auf 3,60 M pro Woche erhöhte, dafür aber den Hofarbeitern pro Tag 20—40 S am Tagelohn abzog. Von dem Abzuge werden hauptsächlich nur die älteren Kollegen mit 10 und mehr Dienstjahren betroffen. In der Versammlung kam eine starke Erregung hierüber zum Ausdruck. Seitens unserer Bezirksleitung ist bereits eine Eingabe, in der die Aufhebung dieser Maßnahme gefordert wird, an den Magistrat abgegangen. In der Versammlung ließen sich wieder einige Kollegen in den Verband aufnehmen, so daß die Zahl der in der letzten Zeit gewonnenen Mitglieder 30 übersteigt.

Literarisches.

Haus und Wohnung. Zeitschrift für Hausbau und Wohnungsausstattung. Begr. 1903. Herausgegeben von Direktor G. Niggl. Jeder Band 12 Hefte, einzeln je M. 1,20. (Vollständig gebunden 15 Mark). Probeband mit 250 Abbild. M. 2,50. Kleine Ausgabe 40 Pf. das Heft portofrei vom Heimkulturbederlag, Wiesbaden. Wo man bauen oder eine Wohnung einrichten will, wird man diese Zeitschrift als vorzügliches Vorlagewerk schätzen. Man wird daraus viel lernen. Das vorliegende Heft ist so recht für unsere Krieger passend, es bringt eine Menge billiger Gartenstadt- und Heimstädtchenhäuser für einzelne oder mehrere Familien, die vorbildlich im Grundriß und Neuzeren sind, besonders für Heimstättengenossenschaften und Bauvereine. Ferner sind es zahlreiche im deutschen Stil ausgeführte gutbürgerliche Inneneinrichtungen und Textbeiträge belehrender Art, die den Leser fesseln und für Gemeindeverwaltungen sind 8 Beispiele von Kirchen recht beachtenswert.

Verbandsnachrichten.

Vom 2. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Baden, Crefeld, Freising, Amberg, Weiden, Dransdorf Würzburg, Bodum, Dillingen, Nachen, Bromberg, Bamberg, Osnabrück, Hannover, Regensburg, Würzburg (Str.), Mannheim (Str.), und Nürnberg.

Der Zentralvorstand.
F. A.: Heinr. Sidmann.



Es starben den Heldentod für König und Vaterland die Kollegen

Heinrich Schumacher,
Mitglied der Ortsgruppe Cöln (F.)
gefallen am 17. April 1917 im Westen.

Peter Klug,
Mitglied der Ortsgruppe München;
gefallen am 5. Juni 1917.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Gedenktafel.

Gestorben sind die Kollegen
Johann Augerer, München;
Christian Herschel, Bonn.
Ehre ihrem Andenken!